

LFB Sachsen Bundestagswahl 2017 –Parteien auf dem Prüfstand

Anlässlich der Bundestagswahl 2017 hatte der LFB Sachsen, am 12. September 2017, die sächsischen Vertreter der Parteien zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Darin ging es insbesondere um die Themen Freiberuflichkeit, EU-Deregulierung, Dienstleistungsbinnenmarkt, Verbraucherschutz und soziale Sicherung.



In der Diskussion waren vertreten (v.l.):
Dr. Gerd Lippold (Bündnis 90/Die Grünen)
Nico Brünler (Die Linke), Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
Frank Heidan (CDU), Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Hans-Joachim Kraatz, Präsident des LFB Sachsen
Antje Hermenau, Moderatorin und ehemalige Landtagsabgeordnete
Henning Homann (SPD), stellv. Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Ausschuss Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Dr. Kirsten Muster (AFD), stellv. Fraktionsvorsitzende
Mike Hauschild (FDP)

Die Freien Berufe sind nicht in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl enthalten. Bei den Grünen lediglich in einem Satz bei den künstlerischen Berufen. Daher sollten die Vertreter ihre Position zu den Freien Berufen darstellen. Alle Gäste betonten, dass die Freiberuflichkeit eine Selbstverständlichkeit sei und deshalb nicht extra in den Programmen vorkomme. Die Freiberufler stützen wesentlich die Wirtschaft, haben eine hohe gesellschaftliche Bedeutung und sind ein fester Bestandteil der Mittelschicht, lautete der Tenor. Die Freien Berufe stünden für Qualität, Verbraucherschutz und Regelkonformität.

EU-Deregulierung



In Bezug zu den Deregulierungsbestrebungen der Europäischen Union (EU) herrschte erstaunlicherweise ebenfalls Einmütigkeit: Die Deregulierung dürfe nicht zu einem Absinken der Qualitätsstandards in Deutschland führen, die Unabhängigkeit müsse gewährleistet bleiben und die Berufszugangsregelungen dürften, ähnlich wie beim Meisterzwang, nicht weiter abgesenkt werden. Im Sinne des Verbraucherschutzes müssten stattdessen die vorhandenen Berufszugangsregeln eher noch verschärft werden. So sei zum Beispiel die Bezeichnung „Sachverständiger“ nicht geschützt, was zu einer Verwirrung bei den Kunden führen kann. Festhalten wolle man auch an dem Fremdkapitalverbot, um keine fremdgesteuerte Marktregulierung zu erreichen. Letztendlich habe sich das deutsche System der Freien Berufe bewährt und sollte unangetastet bleiben. An dieser Stelle wurde die Idee geboren, eine parteiübergreifende Bundesratsinitiative zu diesem Thema in Berlin einzubringen.

Weiterentwicklung der EU

Die Frage, wie sich die Gäste die Weiterentwicklung der EU vorstellen, beantworteten fast alle mit weniger Eingriffen durch und keine weiteren Kompetenzen an die EU. Das Vertrauen der Bürger dürfe mit Blick auf den Brexit nicht weiter beschädigt werden. Probleme im Institutionengefüge müssten gelöst und der Integrationsprozess fortgesetzt werden. Ohne eine mehrheitliche Akzeptanz würde die EU nicht überleben, wurde betont. Ob ein einheitlicher Binnenmarkt dazu beitragen könnte, blieb offen. Aber mit Blick auf die Chinesische Konkurrenz sei dies ein wesentlicher Punkt. Denn wie können wir sonst die europäische Wirtschaft vor Billigangeboten aus Fernost schützen?

Einzig die AFD will den Austritt aus der EU und vor allem aus der Euro-Währung. Griechenland habe gezeigt, wie leichtfertig die EU Gelder an „Bedürftige“ ausreicht, so die AFD-Vertreterin. Dass Deutschland selbst einmal die Kriterien nicht erfüllt hat, blieb unbeachtet. Bis auf die AFD sprachen sich abschließend alle Gäste für den Ausbau und die Weiterentwicklung der EU aus. Und Großbritannien werde den Austritt noch bereuen.

Soziale Sicherungssysteme

Erwartungsgemäß gab es bei dem Thema soziale Sicherungssysteme mehr Kontroversen. So verteidigten die Vertreter der Freien Berufe, wie auch die CDU und FDP, das bestehende Rentenversicherungssystem aus privat und gesetzlich, da es sich seit über hundert Jahren bewährt habe. SPD, Linke und Grüne plädieren dagegen für eine Bürgerversicherung, um ungefähr 10 Mill. Menschen in Deutschland auch im Alter abzusichern, für die es derzeit keine Alterssicherung gäbe. Man wolle die Altersarmut in ähnlicher Weise bekämpfen, wie in Österreich. Dort sei eine einheitliche Regelung gefunden worden, ohne die bisher privat Versicherten schlechter zu stellen. Von Enteignung, wie es die CDU formuliere, könne dabei keine Rede sein, denn es würde Übergangsfristen geben, um erworbene Rentenansprüche zu garantieren. Die AFD strebt dagegen eine ausschließlich private Vorsorge an, wobei auf Grund noch fehlenden Fachwissens hier noch keine endgültige Position eingenommen wird.



Vor allem die SPD wurde kritisiert, weil es Hartz IV Empfänger gebe, die gar nicht die notwendigen Zeiten für eine Rente erreichen würden und leer ausgingen. Auch Mütter würden schon heute wegen langer Kindererziehungszeiten durch fehlende Kinderbetreuungsangebote weniger Rente erhalten. Dafür hätten sie bisher keine Lösung gefunden, wollen aber eine Einheitsversicherung. Außerdem würde die Rente schon heute zu einem Drittel steuerfinanziert. Dieser Anteil würde sich bei einer Abschaffung der privaten Rentenversicherung sicher noch erhöhen.

Hinzu kämen noch versicherungsfremde Leistungen, die aus diesem Topf zweckentfremdet verwendet werden.

Dass es aber gerade für Sachsen eine Lösung für die sozialen Sicherungssysteme geben muss, ist allen bewusst. In diesem Bundesland gibt es das höchste Durchschnittsalter in Deutschland. Und in zehn bis 20 Jahren nimmt der Anteil der berufstätigen im Vergleich zu den Rentnern weiter ab. Außerdem steigt das Berufseintrittsalter an, derzeit von 18 auf 23 Jahren. Um dann eine garantierte Rente auszahlen zu können, müsste der Rentenbeitrag der Arbeitnehmer auf über 50 Prozent steigen. Damit stünde das solidarische System auf der Kippe.

Zuletzt sollten alle Parteivertreter das genaue Renteneintrittsalter in zehn Jahren nennen. Alle bleiben bei 67 Jahren. Allerdings soll es keine starren Grenzen mehr geben, sondern flexible Regelungen je nach Branche geschaffen werden.

Knut Köhler M.A.

Landesverband der Freien Berufe Sachsen e.V.